

Wolfsrisse sorgen weiter für Debatten

Die Rückkehr des Wolfs nach Österreich ist längst ein Politikum. Tierzüchter und Tierschützer stehen sich unversöhnlich gegenüber.

Von Mario Zenhäusern

Innsbruck - Die Lage ist explosiv. Nach Wolfsrissen in allen Teilen Tirols steigen Landwirte, Jäger und Schafzüchter zunehmend auf die Barrikaden und fordern von der Politik energisch Maßnahmen. Der Bescheid der Bezirkshauptmannschaft St. Johann im Pongau, der den Abschuss eines so genannten Problemwolfs legalisieren würde, ist Wasser auf die Mühlen der Wolfsgegner. Aber der Bescheid ist noch nicht rechtskräftig - und wird es angesichts der europaweit strengen Schutzbestimmungen wohl auch nicht werden.

In Tirol warten viele gespannt auf den Ausgang des Verfahrens im Nachbar-Bundesland. Probleme gibt es auch hierzulande zuhauf. Vor allem im Tiroler Oberland sowie im Bezirk Innsbruck-Land und in Osttirol - in diesen Regionen befinden sich sieben von zehn Schafalmen - sind die Schafzüchter verunsichert und empört. Sie verlangen den Abschuss des Wolfs, der bereits Dutzende Schafe gerissen hat.

Ihnen gegenüber steht der WWF, dessen Wolfsexperte Christian Pichler den Abschussbescheid der BH St. Johann i. P. als inhaltlich schwach und widersprüchlich bezeichnet. Die Behörde habe die geplante Wolfstötung nämlich mit einem Gutachten des Wildbiologen Klaus Hackländer begründet. Der aber erklärt in einer Stellungnahme, nicht den Abschuss als erste Wahl empfohlen zu haben, "sondern den Fang, die Besenderung und die Vergrämung des besagten Wolfs. Davon unbenommen bleibt natürlich die Frage der Relevanz der aktuellen Entscheidung, da der Wolf das betroffene Gebiet offensichtlich bereits seit Längerem verlassen hat." Die Aussagen Hackländers bestärken den WWF-Experten in seiner Ansicht, dass "der europarechtswidrige Bescheid" aufgehoben werde. Pichler bezeichnet die Entscheidung der Behörde als Alibi-Aktion, die niemandem weiterhilft.

Die Tiroler Politik hat unterdessen, wie berichtet, das Budget für den Schutz der Alm- und Weidewirtschaft vor großen Beutegreifern um 500.000 Euro aufgestockt. Für den WWF ist das die einzig richtige Strategie. "Anstatt Herdenschutz ständig schlechtzureden, sollten Politik und Landwirtschaftskammer endlich ehrlich kommunizieren, dass es dazu keine Alternative gibt. Der Schutzstatus des Wolfs wird noch lange sehr hoch bleiben", sagt WWF-Experte Pichler. Maßnahmen wie Elektrozäune, Schutzhunde und Behirtung seien im hochalpinen Gelände zwar eine Herausforderung, aber dennoch möglich. Das würden mehrere Gutachten und Beispiele in Nachbarländern zeigen.